



14. Mai 2020

Vertrauen in Institutionen wieder angestiegen

Krisenbarometer der Konrad-Adenauer-Stiftung Folge 4

Viola Neu

- › In der 19. Kalenderwoche ist das Vertrauen in die Institutionen wieder leicht angestiegen, nachdem es gesunken war: So haben nun 68 Prozent der Befragten sehr großes/großes Vertrauen in ihre jeweilige Landesregierung, 65 Prozent in die Bundesregierung und 57 Prozent in den Deutschen Bundestag.
- › Auch äußerten sich die Befragten zuversichtlicher: So erwarten 69 Prozent große oder mäßige persönliche Auswirkungen der Corona-Krise; in der 17. Kalenderwoche waren es noch 78 Prozent. 29 Prozent sehen derzeit lediglich kleine oder keine persönlichen Auswirkungen.
- › Ende April hielt eine abnehmende Zahl an Befragten die getroffenen Maßnahmen für angemessen; im Umfeld der Ankündigung der neuen Lockerungen am 6. Mai stieg die Zustimmung wieder an, auf zuletzt 71 Prozent.
- › Die Konrad-Adenauer-Stiftung lässt seit dem 30. März 2020 eine repräsentative Erhebung durchführen, um Veränderungen im Meinungsklima während der Corona-Krise regelmäßig zu analysieren. Das Besondere ist: Die Erhebung findet über einen längeren Zeitraum wöchentlich statt und bietet dadurch valide Daten für das Krisenbarometer.

Inhaltsverzeichnis

Vertrauen in Institutionen wieder angestiegen	1
Ergebnisse.....	3
Vertrauen in Institutionen leicht angestiegen	3
Angst vor persönlichen Auswirkungen dynamisch.....	5
Zukunftsoptimismus angestiegen	5
Hohes Interesse an Corona-Nachrichten.....	7
Mehrheit hält Maßnahmen zur Eindämmung des Virus für angemessen.....	7
Werdegang der Maßnahmen	8
Methodik des Krisenbarometers der Konrad-Adenauer-Stiftung.....	9
Die Corona-Krise in Echtzeit	9
Impressum	10
Die Autorin	10

Ergebnisse

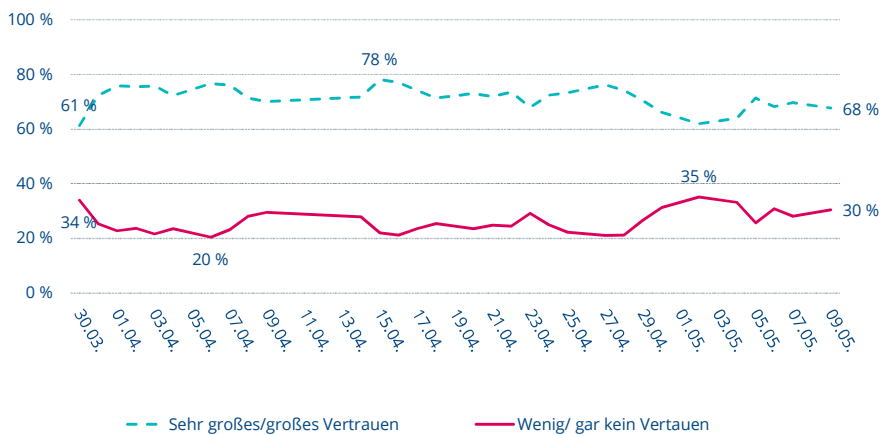
Vertrauen in Institutionen leicht angestiegen

Ihrer jeweiligen Landesregierung vertrauen am Ende der 19. Kalenderwoche 68 Prozent, der Bundesregierung 65 Prozent. Im Zeitverlauf ist im Fall der Landesregierungen das Vertrauen bis Mitte April auf 78 Prozent angewachsen; im Fall der Bundesregierung lag der höchste Vertrauenswert von 78 Prozent in der 17. Kalenderwoche. Die Bundesregierung und die Landesregierungen haben mit der Verkündung der neuen Lockerungen im Umfeld des 6. Mai wieder etwas an Vertrauen zugelegt. Vorher zeigten etwa sechs von zehn Befragten Vertrauen in diese beiden Institutionen.

Vertrauen

Bitte sagen Sie mir, wie viel Vertrauen Sie in diese haben:
Landesregierung ihres Landes

Darstellung ohne „Keine Angabe“

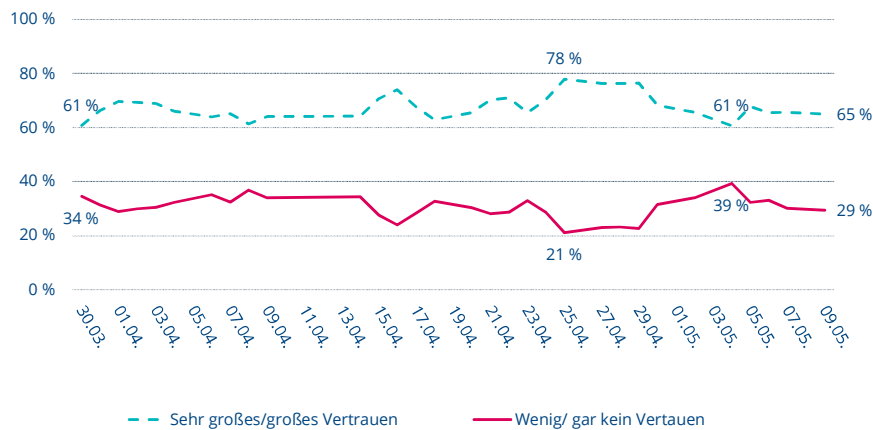


Angaben in Prozent; gleitende Mittelwerte, Basis: alle Befragte n(max)=79 n(min)=35

Vertrauen

Bitte sagen Sie mir, wie viel Vertrauen Sie in diese haben:
Bundesregierung

Darstellung ohne „Keine Angabe“



Angaben in Prozent; gleitende Mittelwerte, Basis: alle Befragte n(max)=79 n(min)=35

USUMA GmbH | Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

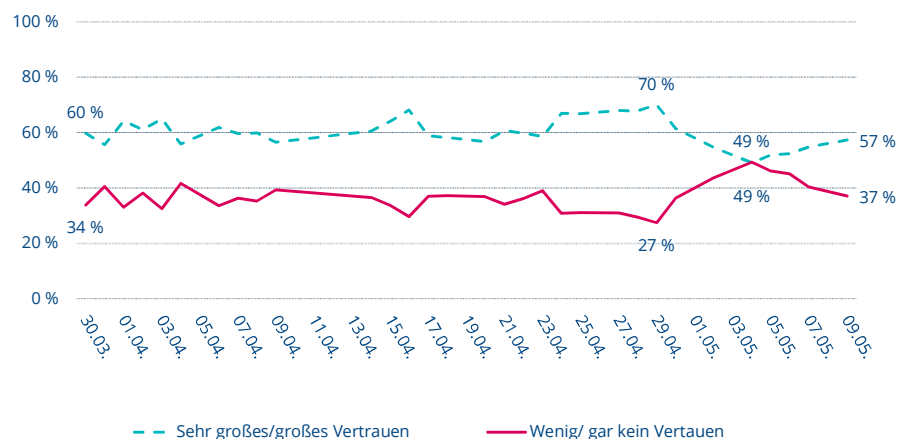


Auch die Bewertung des Bundestags unterliegt diesem Zyklus. Die 18. Kalenderwoche markiert mit 70 Prozent den höchsten Vertrauenswert in den Bundestag. Danach ging das Vertrauen deutlich auf 49 Prozent zurück, um zuletzt wieder auf 57 Prozent anzusteigen.

Vertrauen

Bitte sagen Sie mir, wie viel Vertrauen Sie in diese haben:
Deutscher Bundestag

Darstellung ohne „Keine Angabe“



Angaben in Prozent; gleitende Mittelwerte, Basis: alle Befragte n(max)=79 n(min)=35

USUMA GmbH | Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



Nicht eindeutig ist der Zusammenhang zwischen Verkündung neuer Maßnahmen und dem Vertrauen. Die These, dass es einen deutlichen Rückgang an Vertrauen gegenüber der Exekutiven und der Legislativen gibt, wenn sie keine neuen Schritte in der Corona-Krise ankündigen, ist nicht eindeutig zu belegen. Denn nach den ersten Lockerungsbeschlüssen zum 20. April 2020 sind kaum Auswirkungen auf das Vertrauen zu erkennen. Erst zwischen dem 20. April und dem 6. Mai (also in der Phase des Abwartens, welche Wirkungen die am 20. April beschlossenen Maßnahmen auf die Ausbreitung der Pandemie haben) verändert sich das Vertrauen in Landesregierungen, Bundesregierung und Bundestag.

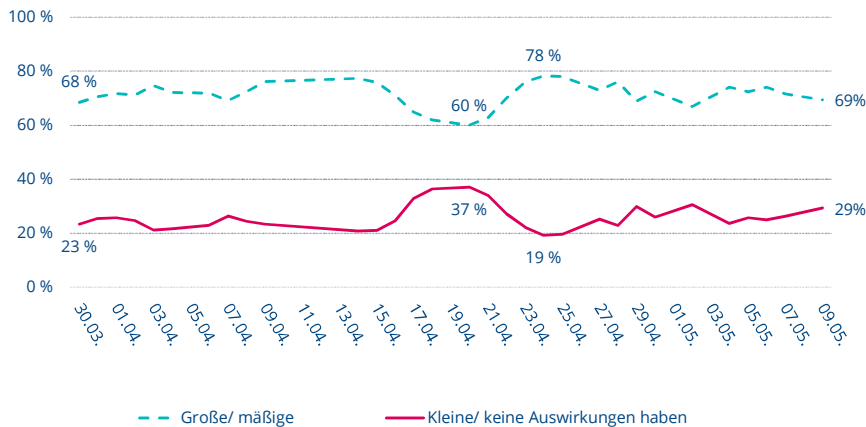
Angst vor persönlichen Auswirkungen dynamisch

Die persönlichen Auswirkungen schwanken im Zeitverlauf zum Teil erheblich. Gerade vor den Beschlüssen zu ersten Lockerungen (in der Zeit vor dem 20. April) stieg der Anteil derjenigen an, die für sich kleine oder keine langfristigen Auswirkungen erkannten. Danach sank der Anteil derjenigen, die für sich keine langfristigen Folgen erwarteten. Zuletzt glauben 29 Prozent, die Corona-Krise hätte keine langfristigen persönlichen Folgen. 69 Prozent erwarten hingegen große oder mäßige Auswirkungen. Dieser Wert liegt jedoch deutlich unter dem Spitzenwert von 78 Prozent, der in der 17. Kalenderwoche erreicht wurde.

Krisenwahrnehmung

Was würden Sie sagen: Die Corona-Krise wird auf mich langfristig ... haben.

Darstellung ohne „Keine Angabe“



Angaben in Prozent; gleitende Mittelwerte, Basis: alle Befragte n(max)=79 n(min)=35

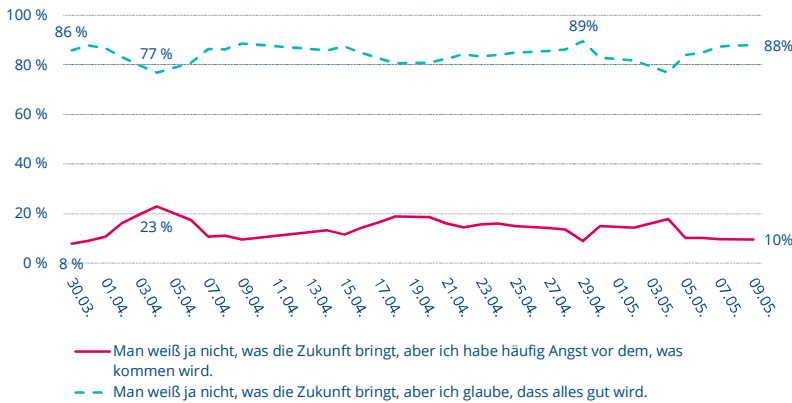
Zukunftsoptimismus angestiegen

In der 19. Kalenderwoche ist der Anteil der Optimisten wieder angestiegen. Zuletzt stimmten 88 Prozent der Befragten der Aussage zu „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird“. Dabei ist seit dem Tag, an dem die nächsten Schritte der Lockerungen beschlossen wurden, ein Anwachsen des Optimismus sichtbar. Nur jeder Zehnte hat Angst vor dem, was kommen wird.

Krisenwahrnehmung

Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?

Darstellung ohne „Keine Angabe“



Angaben in Prozent; gleitende Mittelwerte, Basis: alle Befragte n(max)=79 n(min)=35

USUMA GmbH | Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

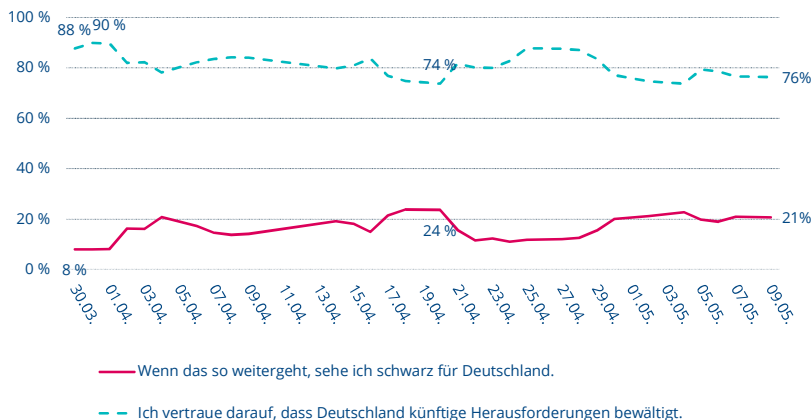


Gleichmaßen vertrauen am Ende der 19. Woche 76 Prozent der Wahlberechtigten darauf, dass Deutschland künftige Herausforderungen bewältigt. Am Anfang der Umfrage lagen die Werte bei 88 bzw. 90 Prozent. Dies macht deutlich, dass die Auswirkungen der Krise langsam in den Alltag einziehen und auch Angst auslösen. Am Anfang sagten gerade einmal 8 Prozent „Wenn das so weitergeht, sehe ich schwarz für Deutschland“. Dieser Wert ist seitdem – wenn auch nicht kontinuierlich – angestiegen. Zuletzt sah etwa ein Fünftel der Befragten „schwarz“. Allerdings gab es Mitte April einen noch höheren Anteil von „Schwarzsehern“ (24 Prozent).

Krisenwahrnehmung

Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?

Darstellung ohne „Keine Angabe“



Angaben in Prozent; gleitende Mittelwerte, Basis: alle Befragte n(max)=79 n(min)=35

USUMA GmbH | Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



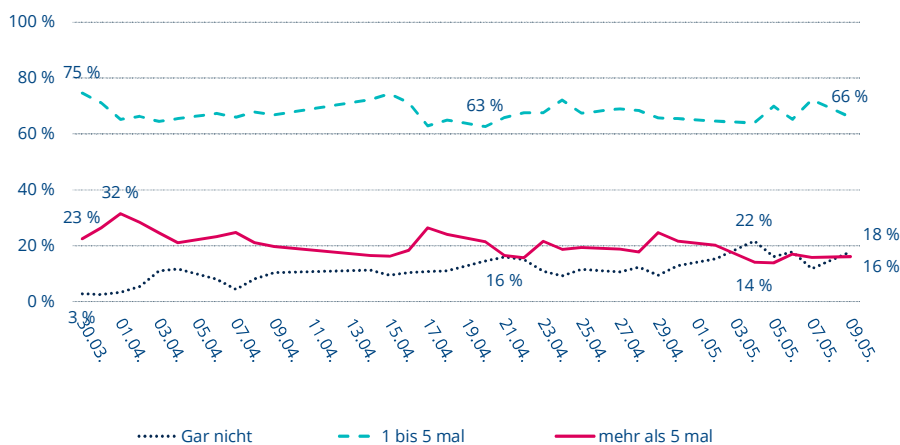
Hohes Interesse an Corona-Nachrichten

Nach wie vor verfolgen ca. zwei Drittel der Wahlberechtigten bis zu fünfmal täglich Nachrichten. Nur eine verschwindende Minderheit verweigert den täglichen Nachrichtenkonsum. Ein knappes Fünftel verfolgt sogar mehr als fünfmal täglich Nachrichten. Nachrichtenmuffel finden sich wie in den Vorwochen kaum.

Krisenwahrnehmung

Wie häufig haben Sie gestern Nachrichten über die Corona-Krise verfolgt?

Darstellung ohne „Keine Angabe“



Angaben in Prozent; gleitende Mittelwerte, Basis: alle Befragte n(max)=79 n(min)=35

USUMA GmbH | Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

USUMA
Markt- und Sozialforschung

Mehrheit hält Maßnahmen zur Eindämmung des Virus für angemessen

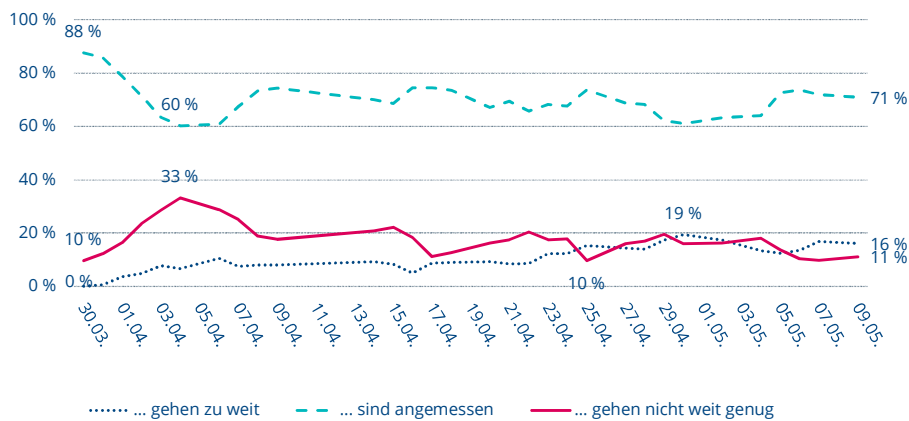
Im Zeitverlauf ist die Zustimmung zu den von der Bundes- und den Landesregierungen getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des neuen Virus ausgesprochen hoch. Allerdings sank die Zustimmung am Anfang der Messung nach dem 30. März zunächst deutlich ab. Die höchsten und niedrigsten Zustimmungswerte zu den Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise gingen innerhalb einer Woche von 88 Prozent auf 60 zurück. Allerdings waren Anfang April ein Drittel der Befragten der Ansicht, die Maßnahmen gingen nicht weit genug. Dieser Ansicht sind Ende der 19. Woche nur noch 11 Prozent. Seit der zweiten Aprilwoche sind die Schwankungen schwächer, das Meinungsklima also stabiler.

Im Zeitraum vom 20. April bis ca. Anfang Mai bewerteten eine abnehmende Zahl die Maßnahmen als angemessen. Als dann die neuen Lockerungsmaßnahmen in der Sitzung vom 6. Mai und in einigen Bundesländern bereits früher in Aussicht gestellt wurden, halten wieder mehr Bürger die Maßnahmen für angemessen, zuletzt 71 Prozent.

Krisenmanagement

Sind die jetzt ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise angemessen?

Darstellung ohne „Keine Angabe“



Angaben in Prozent; gleitende Mittelwerte, Basis: alle Befragte n(max)=79 n(min)=35

USUMA GmbH | Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

USUMA
Markt- und Sozialforschung

Werdegang der Maßnahmen

Ende März begann peu à peu die Diskussion, welche Maßnahmen geeignet sind, um eine Lockerung des *Lockdowns* zu erreichen. Anfangs ging es um das Handytracking, dann rückte die europäische Streitfrage um die sogenannten Corona-Bonds wieder in den Fokus. In der 15. Woche wurde hingegen wieder vor einer schnellen Lockerung der Maßnahmen vor allem durch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gewarnt und darauf hingewiesen, dass es eine vollständige Rückkehr zum *Status quo ante* nicht geben könne. Maximal sei mit „schrittweisen“ Lockerungen der Beschränkungen zur Eindämmung des Virus zu rechnen. In der 16. Woche wurden am 15. April 2020 erste Lockerungen des *Shut-* und *Lockdowns* mitgeteilt, die ab dem 20. April 2020 schrittweise eintreten. Am 6. Mai 2020 wurden die bisherigen Folgen der ersten Lockerungen bewertet und von der Bundes- und den Landesregierungen weitere Lockerungen beschlossen. Wie schon zuvor liegt die Zuständigkeit für die Regelungen bei den Ländern und Kommunen. Einheitliche Regelungen für das Bundesgebiet haben an Bedeutung verloren.

Methodik des Krisenbarometers der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Corona-Krise in Echtzeit

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat am 30. März 2020 mit einer Trendumfrage begonnen, um die Dynamik im Meinungsklima während der Corona-Krise zu analysieren. Bei dieser werden über den Zeitraum der Corona-Krise tagesaktuell die Wahrnehmungen und Einstellungen der Bürger erfasst. Es werden immer dieselben Fragen zum Vertrauen in Institutionen, Wahrnehmung der Krise, Zukunftsaussichten und zur persönlichen Involviertheit gestellt.

Die Befragung wird von USUMA durchgeführt. Es gehört zu den führenden Meinungsforschungsinstituten Deutschlands und arbeitet seit 1990 als eingetragenes Markt- und Sozialforschungsinstitut nach anerkannten wissenschaftlichen Methoden. Der Sitz ist in Berlin.

Im Trend lassen sich täglich die Veränderungen von Wahrnehmungen erkennen, die in einer monatlichen Umfrage in ihrem Verlauf nicht erkennbar sind. Die Umfragemethode nennt sich *Rolling Cross Section*¹. Bisher wird dieses Umfragedesign zur Analyse von Wahlkämpfen eingesetzt. Als Krisenbarometer ist die Umfragemethode ein Novum. Hiermit lassen sich die Veränderungen im Meinungsklima im Zusammenhang mit der Krise einmalig analysieren. Schwankungsunterschiede zwischen den einzelnen Erhebungstagen werden durch die Berechnung von „gleitenden Mittelwerten“ ausgeglichen.²

Jede Woche ab dem 30. März 2020 werden ca. 300³ Wahlberechtigte telefonisch befragt. Dabei wird jede Woche eine neue Stichprobe gezogen⁴, sodass nicht die gleichen Zielpersonen befragt werden (kein Panel). Die Befragung findet jedoch nicht an einem Tag statt. Jeden Tag (außer an Sonn- und Feiertagen) werden ca. 50 Interviews geführt, sodass die Krise in „Echtzeit“ beobachtet werden kann.

Die Stichprobe ist so angelegt, dass die Befragten jedes einzelnen Tages jeweils in sich eine Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit widerspiegeln. Die Umfrage ist repräsentativ für Wahlberechtigte in Deutschland. Es werden sowohl Festnetz als auch Handynummern angerufen (dual frame).

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird regelmäßig die Trends publizieren, um so die Krise in einer Langzeitperspektive zu beobachten.

¹ Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck, Thorsten Faas, Christian Holst, 2006, *Der Rolling Cross-Section Survey* - ein Instrument zur Analyse dynamischer Prozesse der Einstellungsentwicklung: Bericht zur ersten deutschen RCS-Studie anlässlich der Bundestagswahl 2005. ZUMA Nachrichten, 30(58), S. 13–49. <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/21112> (Abruf: 28.04.2020).

² Dazu werden jeweils die zwei vorherigen Tage für die Gewichtung des jeweils dritten Tages genutzt. Das verwendete Verfahren zur Berechnung der gleitenden Mittelwerte wurde in der fünften Woche angepasst, da es durch Rundungsfehler zu Abweichungen in der Addition zu Werten von über 100 Prozent kommen konnte.

³ Beispiel für die Fehlertoleranz: Antworten 80 Prozent der 300 Befragten mit „Ja“, liegt die Fehlertoleranz bei plus/minus 4,6 Prozent.

⁴ Vom 30.3.2020–9.5.2020 wurden 1.819 Interviews realisiert.

Impressum

Die Autorin

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Analyse und Beratung und Leiterin Wahl- und Sozialforschung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung und
Leiterin Wahl- und Sozialforschung
Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3506
viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR
Satz: Franziska Faehnrich, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ISBN 978-3-95721-661-8



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).